

## **ANFRAGEN an den Bürgermeister**

### **1) ÖBB-Landeshauptstädteverbindungen**

GR. **Mayr** stellt folgende Anfrage:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann diese Anfrage noch weiter abkürzen, der Bürgermeister hat sie eigentlich schon beantwortet in der Diskussion um die 110-kV-Leitung. Es geht noch einmal darum in dieser Anfrage, dass du gebeten wirst, dass wir dich bitten möchten von unserer Fraktion aus und ich glaube vom gesamten Gemeinderat, weiterhin nachdrücklich bei den ÖBB und vor allem bei der Bundesministerin für eine Änderung deren Haltung hinsichtlich der Finanzierung von Direktverbindungen zwischen den Landeshauptstädten einzutreten. Wir sind jetzt mittlerweile bei dem Stand, dass von Graz aus nur mehr Direktverbindungen nach Wien überbleiben und die in einem reduzierten Umfang und sich da auf die Mitfinanzierung der Länder auszureden, ist, glaube ich, keine aktuelle und sinnvolle Möglichkeit, Verkehrspolitik zu betreiben.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank. Selbstverständlich werden wir da dran bleiben; wie gesagt, wir haben heute einen Brief verfasst, die Frau Vizebürgermeisterin und ich, und die Frau Bundesministerin nach Graz eingeladen. Wir würden gerne mit ihr und den Grazerinnen und Grazern im Forum diskutieren. Wir sind gespannt, ob sie die Reise nach Graz antreten wird mit der Österreichischen Bundesbahn, solange wir noch eine haben, sonst müssen wir vielleicht einmal hinausfahren, aber vielleicht kommt sie doch. Ich glaube, es ist Zeit, dass wir da auch gemeinsam einmal Flagge zeigen.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Anlässlich der massiven Einschnitte bei Direktverbindungen der ÖBB von Graz zu anderen Landeshauptstädten (de facto werden nur mehr Direktverbindungen nach Wien in eingeschränkter Form aufrecht erhalten) und der letzten Aussagen der ÖBB-Führung, dass diese wesentliche Infrastrukturaufgabe keine des Bundes, sondern der Länder wäre, stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e,**

ob du bereit bist, auch weiterhin nachdrücklich bei den ÖBB und Bundesministerin Bures für eine Änderung deren Haltung hinsichtlich der Finanzierung von Direktverbindungen zwischen Landeshauptstädten einzutreten.

**2) Bürgermeister als Werbepartner für Privatunternehmen**

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: So in aller gebotenen Kürze. Bei meiner Anfrage geht es um das zweite mögliche Standbein des Herrn Bürgermeister, nämlich als Model, als Werbemann für eine bekannte Firma, für eine Yoga-Firma in Graz, wo er jetzt dieser Tage einmal bildformatfüllend mit der Firmenchefin aus dem Medium gestrahlt hat.

***Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Da kommt Neid auf, gell.***

GR. **Eichberger:** In diesem Zusammenhang vier Fragen, warum macht der Bürgermeister der Stadt Graz Werbung für ein Privatunternehmen? Zweite Frage: Warum hat der Bürgermeister der Stadt Graz gerade für dieses Unternehmen Werbung gemacht? Dritte Frage: Wurde der Herr Bürgermeister für diese Werbeleistung bezahlt oder hat er es unentgeltlich gemacht? Wenn er bezahlt bekommen hat, würde es uns interessieren, welche er Gage er dafür bekommen hat und die vierte Frage, weil ja möglicherweise auch andere Firmen Gelüste haben, künftig mit dem Herrn Bürgermeister Werbung zu machen, ob der Herr Bürgermeister auch anderen Firmen hier für solche Werbeaufträge zur Verfügung steht und wenn das der Fall ist, ob es hier gewisse Kriterien gibt, dass man den Herrn Bürgermeister buchen kann (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl:** Nein, die Figur, die wir da gemacht haben aus dem Yoga-Bereich, das ist eine sogenannte Kriegerstellung. Jetzt kommen, bevor ich dann wirklich beantworte, ein paar Gegenfragen, nachdem ich ja gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann zum Beispiel auch ein Warenhaus, ein privates, in der Landeshauptstadt Graz eröffnet habe und diese Fotos dann überall waren, warum macht der Landeshauptmann der Steiermark für ein Privatunternehmen Werbung? Warum hat der Landeshauptmann von Steiermark gerade für dieses Unternehmen Werbung gemacht, wurde der Herr Landeshauptmann für die Werbeleistung bezahlt, wenn ja, in welcher Höhe, steht der Landeshauptmann auch anderen Privatfirmen als Werbeträger zur Verfügung und wenn ja, nach welchen Kriterien geht er dabei vor? So also, wir Politikerinnen und Politiker werden immer wieder aufgesucht und gefragt, ob wir bei Eröffnungen, im Vorfeld von Eröffnungen auch de facto ein Foto machen können und ich sage es ganz ehrlich, ich mache gerne Fotos für Unternehmungen dieser Stadt, die seriös arbeiten, die einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen und für Beschäftigung sorgen. Jetzt ist also dieses junge Unternehmen zu mir gekommen und hat gesagt, wir machen Yoga in der City, also in der Altstadt, wer

steht besonders für die Stadt, das war ich, und deswegen haben sie gebeten, ob sie mit mir ein Foto machen können, habe ich gerne ja gesagt. Es ist also ein gescheites Unternehmen, macht vernünftige Dinge, gerade als zuständige Fraktion für den Gesundheitsbereich verstehe ich durchaus die Sorge, warum sie mich ausgesucht haben, aber es ist halt so passiert. Ich muss aber gleich ausschließen, dass der Bürgermeister für diese Werbeleistung bezahlt wurde und deswegen brauchen wir auch nicht über die Höhe diskutieren, ich stehe selbstverständlich auch gerne anderen Firmen als Werbeträger zu Verfügung und die Kriterien sind nur, es sollen seriöse Unternehmungen sein, es sollen Unternehmungen mit guten Ideen sein, die diese Stadt nach vorne bringen, die für Beschäftigung sorgen, da lasse ich mich unheimlich gerne mit ihnen ablichten (*Applaus ÖVP*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Ausgabe der Stadtzeitung „G7“ vom 9. Jänner dieses Jahres beinhaltete eine 16-seitige Druckstrecke der Firma „City-Yoga Graz“. Auf dem Titelblatt dieser Druckstrecke war der Bürgermeister zusammen mit der Chefin dieser Firma abgebildet – offensichtlich beim Praktizieren einer Yoga-Übung. Zwar wurde der Bürgermeister dabei nicht namentlich genannt, es ist aber davon auszugehen, dass ihn ein Großteil der GrazerInnen kennt.

Nachdem es eher unüblich ist, dass ein Bürgermeister Werbung für ein Privatunternehmen macht und sich für uns in diesem Zusammenhang einige Fragen auftun, stelle ich namens der Gemeinderatsfraktion folgende

**A n f r a g e :**

- 1.) Warum macht der Bürgermeister der Stadt Graz Werbung für ein Privatunternehmen?

- 2.) Warum hat der Bürgermeister der Stadt Graz gerade für dieses Unternehmen Werbung gemacht?
- 3.) Wurde der Bürgermeister für diese Werbeleistung bezahlt? Wenn ja, in welcher Höhe?
- 4.) Steht der Bürgermeister der Stadt Graz auch anderen Privatfirmen als Werbeträger zur Verfügung? Wenn ja, nach welchen Kriterien geht er dabei vor?

### 3) Rückhaltebecken in Weinitzen

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Martiner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen wurde ja bekannt endlich, Gott sei Dank, die Information von der Abteilung 19B der Steiermärkischen Landesregierung veröffentlicht, dass der Wasserrechtsbescheid für das erste Rückhaltebecken in Weinitzen Rechtskraft erlangt hat. Damit werden jetzt die nächsten Schritte hoffentlich schnell eingeleitet, die Finanzierung von Stadt, Land und Bund sichergestellt. Daher stelle ich im Sinne meine mündliche Anfrage, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die Anfrage: Bis wann können die Andritzerinnen und Andritzer damit rechnen, dass die Finanzierung für das Rückhaltebecken gesichert ist, und bis wann wird mit dem Bau begonnen und darauf folgend, bis wann die Fertigstellung gesichert ist (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Aus der Sicht der Stadt Graz ist ja die Finanzierung sichergestellt, aus der Sicht des Landes Steiermark hoffe ich, dass die neue Finanzreferentin gemeinsam

mit den beiden Landeshauptleuten dem Kollegen Seitinger jene Mittel zur Verfügung stellt, damit wir dann auch da keine Verzögerungen haben, aber nachdem du wahrscheinlich auch genaue Zahlen noch einmal haben wirst, werde ich es trotzdem geschäftsordnungsgemäß erledigen, dann werden wir das in der Abteilung abfragen.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

In den letzten Tagen wurde ja bekannt bzw. wurde die Information der Abt. 19B der Steiermärkischen Landesregierung veröffentlicht, dass der Wasserrechtsbescheid für das erste der beiden Rückhaltebecken in Weinitzen Rechtskraft erlangt hat. Da diese Bewilligung nun erteilt ist, sollte nun so rasch wie möglich die Finanzierung von Stadt, Land, und Bund sichergestellt bzw. verhandelt werden. Weiters sollte ein klarer Zeitplan für den Bau des Rückhaltebeckens festgelegt werden, um raschest mit dem Bau zu beginnen, um den langjährigen Versprechen endlich nachzukommen, zum Schutz gegen ein 50-jähriges Hochwasser (HQ 50) geeignete Maßnahmen zu setzen.

In diesem Sinne stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die

**A n f r a g e :**

Bis wann können die Andritzerinnen und Andritzer damit rechnen, dass die Finanzierung für das Rückhaltebecken gesichert ist, und bis wann wird mit dem Bau begonnen und darauf folgend, bis wann ist mit der Fertigstellung zu rechnen?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### 4) Öffentlicher Verkehr, Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es geht wieder einmal um die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof und um den öffentlichen Verkehr. Wir alle wissen, dass es bei diesen Umbaumaßnahmen natürlich auch zu Beeinträchtigungen kommt und in weiterer Folge auch noch sehr lange kommen wird und dass teilweise von Eggenberg herein und von Wetzelsdorf herein Schienenersatzverkehr dann geführt werden aber der Remise III. Es hat hier auch einen Anlassfall bereits gegeben, ich bezeichne das als Probelauf, das war Anfang Jänner, hat an und für sich recht gut funktioniert, ich muss sagen, die Informationen von Seiten der GVB waren hervorragend und das Personal der GVB hat sich auch sehr bemüht um die Fahrgäste, es hat dann aber Probleme gegeben ab dem Hauptbahnhof, dass einfach zu wenig Schienenersatzverkehr eingesetzt worden ist und dass dann die Fahrgäste teilweise sogar zu Fuß vom Hauptbahnhof auf den Hauptplatz gegangen sind, weil sie einfach in keinen Bus hineingekommen sind. Und dementsprechend stelle ich im Namen des SPÖ-Gemeinderatsklub an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Anfrage: Was gedenken Sie als Bürgermeister und in Ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Graz AG zu tun beziehungsweise was werden Sie veranlassen, dass im Rahmen der Umbauarbeiten der Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof, wie im Motivenbericht angeführt,

1. bei Anlassfall mehr Schienenersatzverkehr ab dem Hauptbahnhof eingesetzt wird;
2. die Fahrgäste laufend informiert werden und die Informationen an Bildschirmlaufbändern ständig aktualisiert werden;
3. Auskunftspersonen seitens der Verkehrsbetriebe bei Anlassfall eingesetzt werden, damit die Fahrgäste nicht ziellos am Hauptbahnhof herumirren.

*(Applaus SPÖ).*

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Umbaumaßnahmen betreffend Nahverkehrsscheibe Hauptbahnhof führen naturgemäß zu Beeinträchtigungen vom öffentlichen Verkehr, Autoverkehr, Radfahrern und Fußgängern. Insbesondere die BürgerInnen des Grazer Westens stehen diesbezüglich am Beginn einer langen Durststrecke. Dementsprechend sollen seitens der Stadt Graz Maßnahmen gesetzt werden, welche dieser Problematik so gut als möglich entgegenreten.

In der Zeit vom 3. Jänner bis 9. Jänner 2011 hat es einen Anlassfall für die Geduldprobe der TeilnehmerInnen am öffentlichen Verkehr gegeben. Die Linien 1 und Linie 7 führen nämlich von Eggenberg bzw. Wetzelsdorf bis zur Remise III – Alte Poststraße. In weiterer Folge gab es Umstiegsmöglichkeiten in das Schienenersatzverkehrsmittel Bus. Beim Retourweg in umgekehrter Reihenfolge.

Anzumerken ist, dass die Fahrgäste diesmal seitens der GVB informiert worden sind, der Anschluss gut funktionierte und sich die MitarbeiterInnen der GVB sich um die herumirrenden Fahrgäste gekümmert haben.

Das Problem ergab sich daraus, dass die Fahrgäste ab dem Hauptbahnhof in die Busse nicht mehr rein kamen, da sie ab der Remise III bereits vollständig überfüllt waren. Busse haben bekanntlich auch kein solches Fassungsvermögen wie Straßenbahnen. Es gab viele Fahrgäste, welche zu Fuß vom Hauptbahnhof auf den Hauptplatz gingen, da sie nicht einmal mehr einen Stehplatz im Schienenersatzverkehrsmittel Bus bekamen.

Nachdem sich das Prozedere Schienenersatzverkehr aufgrund der Umbaumaßnahmen Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof in der nächsten Zeit noch häufig abspielen wird, ist es notwendig:

1. bei Anlassfall mehr Schienenersatzverkehr ab dem Hauptbahnhof einzusetzen;
2. ständige Aktualisierung der Bildschirmlaufbänder sowie sonstiger Infos an die Fahrgäste;



3. Auskunftspersonen seitens der Verkehrsbetriebe bei Anlassfall zur Verfügung zu stellen, damit die Fahrgäste nicht ziellos am Hauptbahnhof herumirren.

Ich stelle im Namen des SPÖ-Gemeinderatsklubs daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

**die Anfrage:**

Was gedenken Sie als Bürgermeister und in Ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Graz AG zu tun bzw. was werden Sie veranlassen, dass im Rahmen der Umbauarbeiten der Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof, wie im Motivenbericht angeführt

1. bei Anlassfall mehr Schienenersatzverkehr ab dem Hauptbahnhof eingesetzt wird;
2. die Fahrgäste laufend informiert werden und die Informationen an Bildschirmlaufbändern ständig aktualisiert werden;
3. Auskunftspersonen seitens der Verkehrsbetriebe bei Anlassfall eingesetzt werden, damit die Fahrgäste nicht ziellos am Hauptbahnhof herumirren?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**5) Erklärung der südlichen Grazer Mur-Ufer zum geschützten Landschaftsteil**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! In meiner Anfrage geht es um die südlichen Grazer Murufer zwischen Puchsteg und Puntigamer Brücke. Ein sehr schöner Wald entlang der Mur mit Baumriesen und ein sehr beliebtes Naherholungsgebiet. Sie kennen das Thema aus dem Naturschutzbeirat vom 30. November 2010. Es gibt seitens der Baubezirksleitung Graz-Umgebung eine Zustimmungserklärung zur Inanspruchnahme vom öffentlichen Wassergut. Das heißt, Sie könnten mit Zustimmung der Baubezirksleitung diese Grundstücke, die da genannt wurden in meinem Antrag, unter Schutz stellen, und daher stelle ich folgende Anfrage: Sind Sie, Herr Bürgermeister, bereit, bei Vorliegen eines positiven Gutachtens eine Unterschutzstellung der im Motiventext genannten Grundstücke als geschützter Landschaftsteil gemäß § 11 des Steiermärkischen Naturschutz-Gesetzes zu unterstützen?

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Mur-Ufer im Süden von Graz zwischen Puchsteg und Puntigamerbrücke mit ihren Galeriewäldern und deren ökologisch besonders wertvollen Baumriesen sind ein beliebter Naherholungsort der Grazer Bevölkerung und tragen massiv zur Verbesserung der ohnehin belasteten Luftqualität bei. Daher sollten sie unseren besonderen Schutz genießen.

In der Sitzung des Grazer Naturschutzbeirats am 30.11.2010 wurde vom Naturschutzbund das Anliegen eingebracht, das linke Mur-Ufer im Bereich Liebenau – dort, wo die Staumauer des Kraftwerks Puntigam geplant ist – unter Schutz zu stellen.

Dem Schreiben des Naturschutzbundes lag auch die vom 27.08.2009 datierte Zustimmungserklärung der Baubezirksleitung Graz-Umgebung – sprich, der zuständigen Landesbehörde – zur Erklärung zum geschützten Landschaftsteil auf 10 Jahre befristet vor (siehe Beilage):

„Die Baubezirksleitung Graz-Umgebung (auf Grund einer internen Regelung hier als Vertreter der Grundeigentümerin Republik Österreich) stimmt der projekt- und befundgemäßen Inanspruchnahme von öffentlichem Wassergut durch die gegenständlichen Maßnahmen zu.

Durch die Erklärung zum geschützten Landschaftsteil werden die dem öffentlichen Wassergut zugehörigen Grundstücke

KG	Gst.Nr.	Gewässername
Liebenau	394/1, 39412, 394/4	Mur

dauernd in Anspruch genommen.“

Nach § 11 des Steiermärkischen Naturschutz-Gesetzes „geschützte Landschaftsteile“ kann ein Teilbereich der Landschaft, der das Landschafts- und Ortsbild belebt sowie natur- und kulturdenkmalwürdige Landschaftsbestandteile aufweist sowie als Grünfläche in einem verbauten Gebiet der Erholung dient und wegen der kleinklimatischen ökologischen und kulturgeschichtlichen Bedeutung erhaltungswürdig ist, mit Bescheid der Bezirksverwaltungsbehörde zum geschützten Landschaftsteil erklärt werden. Nach Abs. 2 des § 11 können dazu auch Auen, Hecken, Feldgehölze, Alleen erklärt werden, was im Falle der murbegleitenden Baumgaleriewälder von Graz zutrifft.

Daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie, Herr Bürgermeister, bereit, bei Vorliegen eines positiven Gutachtens eine Unterschutzstellung der im Motiventext genannten Grundstücke als geschützter Landschaftsteil gemäß § 11 des Steiermärkischen Naturschutz-Gesetzes zu unterstützen?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **6) Zukunft des Mobilitätsschecks für Studierende**

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die erste Anfrage, da geht es um die Zukunft des Mobilitätsschecks für Studierende und wie vereinbart, der Anfragetext: Wird der Mobilitätsscheck für Grazer Studierende in der Höhe von 50 Euro pro Semester auch in den kommenden Jahren weitergeführt und sind Kürzungen auszuschließen (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja.

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Der Mobilitätsscheck für Grazer Studierende (50 Euro) wurde im Juni 2009 eingeführt. Bis Ende Dezember 2010 wurden 18.354 Schecks eingelöst. Wegen der Kosten von 917.700 Euro hat ein mittlerweile zurückgezogener Evaluierungsbericht über dieses Projekt vorgeschlagen, diese Aktion, die ein Ausgleich für die weggefallene Freifahrt für Studierende sein soll, ab dem Sommersemester 2011 einzustellen, weil von einer Weiterführung des Projektes aus Kostengründen abzuraten sei.

Da diese Evaluierung ein Bestandteil des Gemeinderatsbeschlusses vom 25. Juni 2009 über den Mobilitätsscheck war, ist eine Klarstellung erforderlich.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

**A n f r a g e :**

Wird der Mobilitätsscheck für Grazer Studierende in der Höhe von 50 Euro pro Semester auch in den kommenden Jahren weitergeführt? Sind Kürzungen auszuschließen?

**7) Umweltaktion im Grazer Stadtgebiet – Umstieg von Plastiksackerln und alternative Materialien**

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sikora**: Da geht es um eine Umweltaktion im Grazer Stadtgebiet, Umstieg von Plastiksackerln oder Kunststoffverpackungen auf alternative Materialien. Wären Sie bereit, das ist schon die Anfrage, zusammen mit den Grazer Gewerbetreibenden und der TU Graz eine Umweltaktion für unser Stadtgebiet ins Leben zu rufen, die den Vorrang für Mehrwegtaschen und Verpackungen aus alternativen Materialien vorsieht (*Applaus KPÖ*)?

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Sehr viele Staaten auf allen Kontinenten haben sich bereits dazu entschlossen, den aus Erdöl gefertigten Plastiksackerln den Garaus zu machen - meist aus ökologischen, aber auch aus ökonomischen Gründen. Die Sackerl verbrauchen fossile Ressourcen und verrotten über viele Jahre hindurch nicht. Seit Jahresbeginn wurde zum Beispiel in Italien ein gesetzliches Plastiksackerlverbot eingeführt.

Heutzutage werden weltweit jährlich 600 Milliarden Plastiksackerl hergestellt. Die meisten davon werden im Schnitt nur kurzzeitig benutzt, um dann im besten Fall auf Deponien zu landen, wo sie bis zu 400 Jahre dahinrotten.

In Österreich wurde zwar erst vor kurzem von Umweltminister Niki Berlakovich ein Verbot für Plastiksackerl ausgeschlossen, da es einerseits bisher an nachhaltigen Alternativen fehlte und andererseits Plastikmüll in Österreich über die Wiederverwertung entsorgt wird.

Nun hat jedoch das Verpackungszentrum Graz gemeinsam mit der TU Graz nach Alternativen zu Plastik gesucht und anscheinend auch gefunden: Sackerl aus Stärke oder Molke, Algen statt Styropor und Gemüseverpackungen aus natürlichem Gewebe.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e :**

Wären Sie bereit, zusammen mit den Grazer Gewerbetreibenden und der TU Graz eine Umweltaktion für unser Stadtgebiet ins Leben zu rufen, die den Vorrang für Mehrwegtaschen und Verpackungen aus alternativen Materialien vorsieht?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja.

**8) Denkmal – Februar 1934**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen! Meine Anfrage bezieht sich auf das Denkmal aus Anlass Februar 1934, und deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Anfrage: Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu kontaktieren, damit das Denkmal in Erinnerung an die Februarkämpfe 1934 auch nach der Veränderung des Bahnhofvorplatzes zur Nahverkehrsdrehscheibe wieder einen würdigen Standort erhält (*Applaus KPÖ*)?

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Aus Anlass der Umbaumaßnahmen des Vorplatzes am Hauptbahnhof musste das Denkmal zum Februar 1934 entfernt werden. Es hat einen wichtigen Stellenwert in Erinnerung an den Bürgerkrieg, wo Teile der ArbeiterInnenschaft, im Republikanischen Schutzbund organisiert, versuchten, die Demokratie zu verteidigen, der faschistischen Offensive der Dollfuß-Regierung entgegenzutreten.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu kontaktieren, damit das Denkmal in Erinnerung an die Februarkämpfe 1934 auch nach der Veränderung des Bahnhofvorplatzes zur Nahverkehrsdrehscheibe wieder einen würdigen Standort erhält?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **9) Reinigung verschmutzter Haltestellen in St. Leonhard**

GRin. **Bergmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Aufgebrachte AnrainerInnen und Benutzer der Straßenbahnlinie 1 und 7 sind an uns herangetreten um das leidige Thema. Daher meine Anfrage an Sie: Sind Sie bereit, im Interesse der Fahrgäste und AnrainerInnen dafür Sorge zu tragen, dass die Haltestellenbereiche Lichtenfelsgasse und Merangasse, welche sehr, sehr verschmutzt sind immer, bis spätestens 7.00 Uhr frühmorgens kontrolliert und dass die gereinigt werden, dass Sie sich damit einsetzen, ich wollte nicht sagen, dass Sie sie kontrollieren sollen (*Applaus KPÖ*).

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Die langen Lokalöffnungszeiten im stark frequentierten Uni-Viertel (bis 4.00, teilweise gar bis 6.00 Uhr früh) tragen nicht nur zu viel Lärm, sondern auch zu zahlreichen anderen Unannehmlichkeiten für die AnrainerInnen der betroffenen Straßenzüge bei. So berichteten Anrainer, dass die Haltestellenbereiche Lichtenfelsgasse (stadteinwärts) sowie Merangasse (stadtauswärts) in den Morgenstunden sehr oft aufgrund von unappetitlichen Verschmutzungen (Exkreme, Erbrochenes, Glasscherben) eine echte Zumutung sind. Die Haltestellen sind morgens sehr stark frequentiert. So kommen beispielsweise täglich zahlreiche Kinder mit den Straßenbahnlinien 1 und 7 zu den Schulen Lichtenfelsgasse und Ursulinen.



Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

**Anfrage:**

Sind Sie bereit, im Interesse der Fahrgäste und AnrainerInnen dafür Sorge zu tragen, dass die Haltestellenbereiche Lichtenfelsgasse und Merangasse täglich bis spätestens 7.00 Uhr morgens kontrolliert und gereinigt werden?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**10) Aufgrabungsarbeiten in der Murgasse**

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Ich habe jetzt keine Ja-Nein-Frage, sonst würde es vielleicht schneller gehen. Wir haben heute schon über die Grabungsarbeiten in der Murgasse geredet. Meine Fragen zielen auf ein bisschen andere Aspekte ab. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wann wurden die BewohnerInnen und Geschäftsleute der Murgasse über die geplanten Arbeiten informiert? Welche Maßnahmen wurden ergriffen beziehungsweise eingeleitet, um die negativen Auswirkungen für die Betroffenen möglichst gering zu halten? Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, sich mit der zuständigen Frau Vizebürgermeisterin, Lisa Rücker, mit den AnrainerInnen und mit Fachleuten an einen Tisch zu setzen und gemeinsam nach innovativen Lösungen zu suchen?

Bgm. Mag. Nagl: Vielen Dank, vielleicht nur noch einmal zur Information: Das erste Treffen mit den Betroffenen hat es ja schon gegeben. Ich möchte auch noch einmal anmerken, das was jetzt hier passiert, ist auf der einen Seite eine Routineangelegenheit, die unsere neue Vorständin, die Frau Mag. Muhr, auch mit den Verantwortlichen der Linien Graz abzuwickeln hat. Sie haben auch eingeladen, es waren viele Vertreter dort, die Frau Stadträtin Sonja Grabner ist auch als Wirtschaftsstadträtin hingegangen und hat auch dort noch einmal versucht mitzuhelfen, auch eine gute Lösung zu finden, sie hat auch schon wieder eingeladen jetzt für den 31. Jänner, das heißt, es gibt einen klaren Fahrplan, den wir bis zum Sommer, was Marketingmaßnahmen, Informationsmaßnahmen, Umbaumaßnahmen anbetrifft, abgewickelt wird, das heißt, das ist schon gut im Laufen. Dass natürlich manche Persönlichkeiten Sorge haben wegen dieser Zentimeter, die beim Gehsteig einmal wegkommen, dann wieder wo dazukommen, ist auch klar, aber es sei noch einmal gesagt, wir nutzen jetzt die Gelegenheit innerhalb von acht Wochen aufgrund des Gleisunterausbaus, der auszutauschen ist, die gesamten Sanierungsarbeiten und Leitungen zu verlegen, möglichst ein gutes Zubringen von Waren und Personen in diesen Bereich auch während der Umbauzeit zu gewährleisten. Wir haben nur acht Wochen Zeit, weil auch in diesem Zeitraum die Sängerinnen und Sänger international da sein werden und die auch nicht durch Pressluftschlämmer dann gestört werden sollen hier im Zentrum herinnen. Das heißt, das ist eine Riesenherausforderung, alle verantwortlichen Stadträtinnen und Stadträte sind bei der Arbeit und die Termine sind schon immer wieder vereinbart.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Aufgrund von Schienenerneuerungen finden im Sommer umfassende Aufgrabungsarbeiten in der Murgasse statt.

Dabei kommt es selbstverständlich zu Behinderungen, nicht nur im Straßenverkehr, sondern auch für die FußgängerInnen. Auch die ansässigen Geschäftsleute werden wohl arg in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn der ungehinderte Zugang zu ihren

Betrieben über einen derart langen Zeitraum nicht ohne Schwierigkeiten zu bewerkstelligen ist.

Aber selbst nach Abschluss der Arbeiten sind durch die weitere Verengung der ohnehin nicht überdimensionierten Gehsteige neue Probleme zu erwarten.

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ stelle ich daher folgende

### **Anfrage:**

Wann wurden die BewohnerInnen und Geschäftsleute der Murgasse über die geplanten Arbeiten informiert? Welche Maßnahmen wurden ergriffen bzw. eingeleitet, um die negativen Auswirkungen für die Betroffenen möglichst gering zu halten? Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, sich mit der zuständigen Frau Vizebürgermeisterin, Lisa Rücker, mit den AnrainerInnen und mit Fachleuten an einen Tisch zu setzen und gemeinsam nach innovativen Lösungen zu suchen?

#### **11) Auswirkungen des Wegfalls der allgemeinen Wehrpflicht**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es geht um die Auswirkung der allgemeinen Wehrpflicht in Bezug auf Rotes Kreuz und Pflegeeinrichtungen. An dich die Anfrage: Bist du bereit, dem Gemeinderat einen Bericht über die Auswirkungen des Wegfalls der Wehrpflicht in Bezug auf den Zivildienst beim Roten Kreuz und auf die Pflegeeinrichtungen der Stadt Graz abzugeben (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja gerne, weil ich bin ja, wie viele wissen, immer für die Beibehaltung der Wehrpflicht eingetreten. Ich glaube, es würde nicht nur den Zivildienst und die Pflegeeinrichtungen in der Stadt treffen, sondern unsagbar viele Vereine, NGOs und damit verbunden auch wieder sehr, sehr viele Menschen, die in unterschiedlichsten Bereichen auf Hilfe angewiesen sind. So leicht, wie die Diskussion jetzt auch auf Bundesebene, oder so wie sie geführt wird, ist das eine der wichtigsten Aspekte und mich interessiert es auch und nachdem die Pflegeeinrichtungen und das Rote Kreuz relativ einfach abzufragen sind, werde ich das gerne tun.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die gegenwärtig laufende Diskussion über die Abschaffung der Wehrpflicht wird sicherlich auch an der Stadt Graz nicht spurlos vorübergehen. Ohne hier auf die staatspolitische Dimension dieser Maßnahme eingehen zu wollen, wird es durch einen allfälligen Wegfall der Wehrpflicht auch zu einer gänzlichen Reduktion des Leistungsumfanges des Zivildienstes kommen. Auf Derartiges gilt es vorbereitet zu sein.

Ich richte deshalb an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e :**

Bist du bereit, dem Gemeinderat einen Bericht über die Auswirkungen des Wegfalls der Wehrpflicht in Bezug auf den Zivildienst beim Roten Kreuz und auf die Pflegeeinrichtungen der Stadt Graz abzugeben?

**12) Erhebung der zusätzlichen Fernwärmeanschlüsse im Jahr 2010**

GR. **Hötzl** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es geht um die Fernwärmeanschlüsse, nicht nur im Jahr 2010, sondern von 2009 bis 2012. Gleich zur Frage: Wie viele Anschlüsse - aufgeschlüsselt auf Einfamilienhäuser, Wohnungen, Betriebe Gewerbe, Betriebe Handel wurden in den Jahren 2009 und 2010 neu durchgeführt und wie hoch waren die Fördersummen aufgeschlüsselt auf die einzelnen Rubriken? Wie viele Neuanschlüsse sind für die Jahre 2011 und 2012 geplant, und wurden entsprechende Fördermittel bereits reserviert?

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Diskussionen um die Umweltzonen in unserer Stadt haben aufgezeigt, dass auch in anderen Bereichen dringender Handlungsbedarf besteht.

Ein wesentliches Thema in diesem Bereich wird natürlich der Ausbau des Fernwärmenetzes in unserer Stadt sein. Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

**A n f r a g e :**

Wie viele Anschlüsse - aufgeschlüsselt auf Einfamilienhäuser, Wohnungen, Betriebe Gewerbe, Betriebe Handel wurden in den Jahren 2009 und 2010 neu durchgeführt und wie hoch waren die Fördersummen aufgeschlüsselt auf die einzelnen Rubriken? Wie viele Neuanschlüsse sind für die Jahre 2011 und 2012 geplant, und wurden entsprechende Fördermittel bereits reserviert?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**13) Mietausgaben für ausgelagerte Behörden, Ämter, Abteilungen und dgl.**

GR. **Hötzl** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hötzl**: Bei der zweiten Anfrage geht es um Mietausgaben für ausgelagerte Behörde, Ämter, Abteilungen und ähnlichen Institutionen. Gleich zur Frage: Wie hoch waren die Kosten, die der Stadt Graz an Mieten für ausgelagerte Behörden, Ämter, Abteilungen in den Jahren 2009 und 2010 entstanden sind, beziehungsweise in welcher Höhe werden sich die erwarteten Ausgaben aus dieser Kategorie für das Jahr 2011 bewegen? Gemeint allerdings ist bitte Mieten an Dritte, nicht an GBG, also an stadtfremde Vermieter sozusagen.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

In unserer Stadt hat die örtliche Zersplitterung mittlerweile Tradition. Dennoch gilt es in einer Phase kollektiver Sparmaßnahmen nach alternativen Lösungen zu suchen und andere Lösungswege zu beschreiten. Im Vorfeld bedarf es aber einer genauen Übersicht über die Ausgaben.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

**A n f r a g e :**

Wie hoch waren die Kosten, die der Stadt Graz an Mieten für ausgelagerte Behörden, Ämter, Abteilungen in den Jahren 2009 und 2010 entstanden sind bzw. in welcher Höhe werden sich die erwarteten Ausgaben aus dieser Kategorie für das Jahr 2011 bewegen?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **14) Stornierung einer Einschaltung zum Budget in der Grazer Wochenzeitung „Die Woche“**

GR. **Schröck** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schröck**: Ich darf mit der zweiten Anfrage beginnen, Ihnen liegt nur eine andere vor, Herr Bürgermeister. Warum wurde die geplante Einschaltung zum Thema Budget und politischer Jahresrückblick in der Grazer Wochenzeitung „Die Woche“ kurzfristig storniert? Welche externen Agenturen und Firmen begleiteten diese Einschaltung im Vorfeld und welche Kosten wurden der Stadt Graz seitens dieser Agentur oder Agenturen trotz Stornierung des Inserats in Rechnung gestellt?

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

- Warum wurde die geplante Einschaltung zum Thema Budget und politischer Jahresrückblick in der Grazer Wochenzeitung „Die Woche“ kurzfristig storniert?
- Welche externen Agenturen und Firmen begleiteten diese Einschaltung im Vorfeld?
- Welche Kosten wurden der Stadt Graz seitens dieser Agentur(en) trotz Stornierung des Inserats in Rechnung gestellt?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **15) ÖVP-Plakataktion und deren Finanzierung**

GR. **Schröck** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schröck**: Im Dezember vergangenen Jahres haben Sie als ÖVP Graz ihre Mitglieder der Stadtregierung und Gemeinderäte flächendeckend in Graz plakatiert, um sie weitgehend den Grazerinnen und Grazern auch bekannt zu machen. Jetzt frage ich Sie, Herr Bürgermeister, um das abzukürzen und Ihrem Wunsch zu entsprechen: Ist auszuschließen, dass öffentliche Gelder in die besagte Plakatkampagne geflossen sind?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Im Dezember des vergangenen Jahres plakatierte die Grazer ÖVP ihre Mitglieder der Stadtregierung und Gemeinderäte, um diese aus ihrer teilweisen politischen Anonymität zu reißen und mit mehr oder weniger sinnvollen Sprüchen einer breiteren Mehrheit der Grazerinnen und Grazer bekanntzumachen. Da auf Grund der Qualität mancher Sprüche durchaus im Sinne des Vertrauens und des Glaubens der Grazerinnen und Grazer in die politischen Mandatäre dieser Stadt zu hoffen ist, dass diese Ergüsse aus der Feder einer Agentur kommen und somit nicht geistiges Eigentum der Plakatierten ist, und nicht zuletzt aufgrund der zeitlichen Nähe zu Werbe-, bzw. Präsentationsinseraten des Budgets 2011 in verschiedenen Zeitungen, stellt sich die Frage, woher die Gelder für besagte Aktion kamen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl folgende

**A n f r a g e :**



Ist auszuschließen, dass öffentliche Gelder in die besagte Plakatkampagne geflossen sind?